



Stadtrat

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 29. November 2001 Nr. 1241

Interpellation

**Interpellation Roland Gehrig: Integrationskonzept - und wie wird es umgesetzt?;
schriftliche Beantwortung**

Roland Gehrig und 29 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 30. Oktober 2001 die beiliegende Interpellation „Integrationskonzept - und wie wird es umgesetzt?“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

Das Integrationskonzept der Stadt St.Gallen hat die Konzeptphase hinter sich; nun folgt die Umsetzungsphase. Die ersten Mediationsprojekte haben bereits begonnen. Vor dem in der Interpellation erwähnten Vorstellungabend des ersten Mediationskurses im Heiligkreuzquartier hatte die private Projektträgerschaft gemäss eigenen Angaben diverse Kontakte im Quartier:

- Quartiersverein
- Wohnliches Heiligkreuz
- Kirche
- Schule
- Gespräche mit vielen Ausländerinnen und Ausländern.

Diese Kontaktnahmen geschahen im Einklang mit Grundsatz 7 des Integrationskonzeptes der Stadt St.Gallen, wie es vom Grossen Gemeinderat im Juni 2001 zur Kenntnis genommen wurde:

„Die Integrationsarbeit der Stadt St.Gallen baut auf der Arbeit der bestehenden Organisationen und Strukturen auf. Diese Arbeit soll koordinierend unterstützt, die Vernetzung verbessert werden. So wird Integration als Querschnittsaufgabe in der ganzen Gesellschaft gefördert.“

Die Arbeitsgruppe „Quartier und Schule“ war den Organisierenden des erwähnten Abends leider bis dahin unbekannt. Dies zeigt, dass die Vernetzungsarbeit fortgesetzt werden muss. Da die Umsetzung des Integrationskonzeptes gerade erst beginnt, konnten noch nicht alle Fäden gesponnen und zu einem tragfähigen Netz verknüpft werden. Die Umsetzung des Integrationskonzeptes wird um so besser gelingen, wenn möglichst alle an der Integrations-



arbeit interessierten Organisationen und Personen zusammenarbeiten. Noch am gleichen Abend konnte die Zusammenarbeit zwischen dem städtischen Integrationsprojekt und der im Quartier schon aktiven Gruppe konstruktiv angegangen werden, was in einer gemeinsamen Definition der Kursdaten, des Kurslokals, der Werbung und der Weiterempfehlung des Angebotes geschah.

Zu Frage 1:

In finanzieller Hinsicht stehen für die Umsetzung des Integrationskonzeptes bis Ende 2004 die Mittel zur Verfügung, die der Grosse Gemeinderat im Juni 2001 bewilligte: 1.141 Millionen Franken. Darin enthalten sind die Mittel für die fünf Integrationsprojekte gemäss Vorlage an den Grossen Gemeinderat (Information, Mediation, Koordination von Sprachkursen, Kinderintegration, Integrationsfonds) sowie für die drei ebenfalls in der Gemeinderatsvorlage erläuterten Strukturelemente (Integrationsforum, Integrationskommission, Integrationsbeauftragte/-r). In personeller Hinsicht genehmigte der Grosse Gemeinderat Mittel zur Besetzung von insgesamt 70 Stellenprozenten. Nach dem Scheitern der Referendumsbemühungen gegen die finanziellen Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Integrationskonzept der Stadt St.Gallen konnte die Stelle eines bzw. einer Integrationsbeauftragten ausgeschrieben werden. Dies geschah mit einem Stellenumfang von 50 Prozent. Für die restlichen für diesen Zweck bewilligten Mittel sollen Dienstleistungen der Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen eingekauft werden, auch hier gemäss dem schon zitierten Grundsatz 7 des Integrationskonzeptes. In Zusammenarbeit mit dem Kanton laufen Gespräche für aufeinander abgestimmte Leistungsaufträge des Bundes, des Kantons und der Stadt für die Arbeitsgemeinschaft. Die bisherige städtische Subvention an die Arbeitsgemeinschaft wird ebenfalls in diese Leistungsvereinbarung eingebracht. Der Stadtrat hat in der Zwischenzeit den Integrationsbeauftragten gewählt; er wird seine Stelle Anfang Februar 2002 antreten. In organisatorischer Hinsicht diskutierte der Stadtrat die Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission bezüglich Eingliederung der Integrationsaufgabe in die Stadtverwaltung. Er entschied sich – wie er dies bereits in der Vorlage des Grossen Gemeinderates in Aussicht gestellt hatte – dafür, dass die gesamtstädtische Aufgabe der Umsetzung des Integrationskonzeptes vom Abteilungssekretariat der Schulverwaltung aus unterstützt wird. Für diesen Entscheid war eine ganze Reihe von Gründen ausschlaggebend: Zwei der drei angeregten Schwerpunkte der Integrationsarbeit in der Stadt St.Gallen (Bildung und Quartierentwicklung) sind eng mit dem Kerngeschäft der Schulverwaltung verknüpft, wo sie vom Schulamt und vom Jugendsekretariat erbracht werden. Obwohl die Berufsberatung auf Anfang 2002 in die kantonale Verwaltung überführt wird, bleibt zudem das gemeinsam betriebene Angebot von städtischem Jugendsekretariat und dannzumal kantonaler Berufsberatung in der Katharinengasse 16 bestehen. Die fortzuführende Zusammenarbeit der Oberstufe mit der Berufsberatung ist ebenfalls ein Schlüsselement in der Integrationsarbeit, da sie für die berufliche Integration von Jugendlichen entscheidend ist. Es kommt hinzu, dass die Schulverwaltung bereits Erfahrung mit Mediationsprojekten mit Integrationsthematik hat. Schliesslich ist der Schulvorstand Mitglied der Eidgenössischen Ausländerkommission und daher mit der Thematik vertraut, zumal er auch Mitglied der kantonalen Arbeitsgruppe war, die sich mit diesem Thema befasste. Letztlich war auch die möglichst gleichmässige Belastung der Mitglieder des Stadtrates zu beachten; im Bereich der Schulverwaltung fällt die direkte Verantwortung für die Gewerbliche Berufsschule und die Berufsberatung auf Ende 2001 weg. Zur organisatorischen



Umsetzung des Integrationskonzeptes gehören neben der Funktion des Integrationsbeauftragten auch die Integrationskommission, für die gegenwärtig das Pflichtenheft erarbeitet und die danach personell zu besetzen sein wird. Anschliessend wird es mit zu den ersten Aufgaben des Integrationsbeauftragten gehören, das erste Integrationsforum zu organisieren.

Zu Frage 2:

Bereits in der abgeschlossenen Konzeptphase für das Integrationskonzept der Stadt St.Gallen wurden die bisherigen Angebote privater und schulischer Institutionen mit berücksichtigt. Über die Vernetzung der vierzehn Mitglieder der damaligen sogenannten Kerngruppe „Integrationskonzept“, durch Kontaktnahmen der städtischen Koordinatorin des Integrationskonzeptes sowie durch Aufruf in den Medien wurde dazu eingeladen, Ideen für Integrationsprojekte einzureichen. Rund dreissig Trägerschaften oder Einzelpersonen folgten diesem Aufruf. Die überzeugendsten Projekte haben Eingang in die Vorlage an den Grossen Gemeinderat gefunden. Alle Institutionen und Personen, die Projekte eingereicht hatten, wurden zu einem gemeinsamen Apéro eingeladen, wo ihnen gedankt wurde. Dieser Anlass diente auch dem gegenseitigen Kennenlernen und der Vernetzung der Trägerschaften untereinander, was sehr geschätzt wurde. Auch in Zukunft soll das Instrument der Einladung, Projektideen einzureichen, angewendet werden. So wurde im November 2001 über die entsprechenden Kanäle dazu aufgerufen, dem Abteilungssekretariat der Schulverwaltung bis Ende Januar 2002 Kinderintegrationsprojekte einzureichen; Abklärungen in den letzten Wochen haben ergeben, dass dieses bereits in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat erwähnte Integrationsprojekt auf die Zielgruppe der zehn- bis zwölfjährigen Kinder ausgerichtet werden soll. Weitere Aufrufe zur Eingabe von Projektideen sind denkbar, vor allem im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Integrationsfonds, dessen Grundlagen gegenwärtig ausgearbeitet werden. All diese Aktivitäten ermöglichen es, bereits tätige Institutionen und Personen einzubinden und miteinander bekannt zu machen und zu vernetzen.

Zu Frage 3:

Dem Konto „Besondere Unterrichtswochen“ werden die Kosten für Klassenlager, Skilager, Projektwochen, Projekttag und besondere Veranstaltungen belastet. Als besondere Veranstaltungen zum Thema Integration haben in den vergangenen Jahren verschiedene Schulquartiere aus eigener Initiative Deutschkurse für Mütter ins Leben gerufen. Die Schulen führen die niederschwelligen Frauensprachkurse mit Erfolg und legen damit Mosaiksteine im interkulturellen Zusammenleben in den Quartieren. Kurskoordinatorinnen sind für die schulhausinterne Organisation und die Vernetzung der Kurse nach aussen verantwortlich. Der Unterricht wird von qualifizierten Lehrerinnen erteilt. Das Kursgeld beträgt Fr. 10.– für zwei Lektionen à 50 Minuten pro Woche und wird an jedem Kurstag von den Teilnehmerinnen bar bezahlt. Die Gruppengrösse bewegt sich zwischen fünf und zehn Frauen im Alter zwischen 25 und 50 Jahren.

Um die Kurse kostendeckend zu führen, müsste die Gruppengrösse regelmässig zehn Teilnehmerinnen betragen. Die Erfahrungswerte liegen leicht darunter. Zudem hat sich gezeigt, dass die grosse Heterogenität bezüglich schulischer Vorbildung und Stand der Deutsch-



kenntnisse der Frauen ab neun bis zehn Teilnehmerinnen den Einsatz einer zusätzlichen Assistentin erfordert. Unter diesen Umständen kann keine volle Kostendeckung erreicht werden. Wo nicht Spenden von pro juventute oder Caritas zur Defizitdeckung herangezogen werden konnten, wurden bis anhin die Defizite im Sinne von besonderen Veranstaltungen dem Konto „Besondere Unterrichtswochen“ belastet. Die jährlichen Gesamtaufwendungen für die Defizitdeckung beliefen sich bisher auf durchschnittlich Fr. 800.—. Es ist vorgesehen, dass auf 2002 die Finanzierung der Frauendeutschkurse im Rahmen des Integrationskonzeptes erfolgt.

Zu Frage 4:

Über die einzelnen Schulen zugeteilten Kredite für Besondere Unterrichtswochen befinden die Schulen selbst, das heisst, die Schulleitung verwaltet die Kredite und die Schulen verfügen darüber in eigener Kompetenz. Die Kreditverwendung überprüfen schulverwaltungsin-tern die Kontrollstelle des Schulamtes und die Schulbuchhaltung, abteilungsextern die Finanzkontrolle.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation

